

Löhne rauf - Arbeitszeit runter!

Statt Rüstung, Krieg und Not – Frieden, Heizung, Brot!

Deutschland soll „kriegstüchtig“ werden. Das geht nur zu Lasten der Menschen in diesem Land. Die Kriegspolitik der Bundesregierung zahlen die Beschäftigten und ihre Familien, die Erwerbslosen, Rentnerinnen und

Sozialabbau statt. Weltweit gibt es über 20 kriegerische Konflikte. Die Rüstungsindustrie verzeichnet riesige Profite. Längst ist der Krieg in der Ukraine zu einem Krieg der NATO gegen Russland mutiert. Für die USA



Rentner, die Studierenden und die Schülerinnen und Schüler. Wir sagen: Ohne uns!

Kriegspolitik stoppen!

Der 1. Mai 2024 findet unter den Vorzeichen von Kriegen, Aufrüstung und

und die Herrschenden in der EU stehen dieser Krieg und der Krieg Israels im Gaza-Streifen im Vordergrund. An ihnen entscheidet sich, ob sie ihre Vorherrschaft und die Profite der Konzerne, für die sie Politik machen, sichern können. Die Regierung Deutschlands steht an vorderster Front, wenn es um eine immer größere Zuspitzung der Konflikte durch Waffenlieferungen und Aufrüstung geht. Deutschland soll kriegstüchtig werden. Statt Diplomatie wird

die Eskalation vorangetrieben. Die Leidtragenden sind die Bevölkerungen in allen Ländern.

Geld für Arbeit, Bildung und Gesundheit!

Die betriebene Sanktionspolitik führt nicht dazu, ein Ende der Kriege einzuleiten. Die Lüge, dass Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit ohne Sozialabbau und Abbau der öffentlichen Daseinsfürsorge möglich seien, entlarvt sich von Tag zu Tag mehr. Krankenhäuser, Kitas, Sozialleistungen: Überall wird der Rotstift angesetzt, nur nicht bei den Rüstungsprogrammen und dem Kriegshaushalt. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Sonder-schulden von 100 Milliarden Euro und der Rüstungshaushalt für die Kriegs-pläne nicht ausreichen werden. Mit der Schuldenbremse wird zudem der Druck auf die Sozialausgaben erhöht. Schon lange kommt der Staat seinen Aufgaben nicht nach. Für Kinderbetreuung und -erziehung, Bildung, Gesundheit oder öffentlichen Verkehr werden nur Brosamen ausgegeben. Inflation und Rezession verstärken die Armut und begünstigen die Reichen und Monopole.

Fortsetzung Seite 2

Bosch - Der Kampf um Arbeitsplätze geht weiter!

Am 20. März haben bundesweit über 25 000 Kolleginnen und Kollegen bei Bosch gegen den Arbeitsplatzabbau demonstriert. Die größte Kundgebung fand am Bosch-Hauptsitz auf der Schillerhöhe in Gerlingen mit über 10 000 Beschäftigten statt. Das war die größte Aktion seit 30 Jahren.

In der Mobilitätssparte von Bosch sind in den letzten 4 Jahren bereits 4 000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Wenn der jetzt angekündigte Stellenabbau von weiteren 3 000 umgesetzt würde, dann bedeute das die Vernichtung von 7 000 Arbeitsplätzen in sechs Jahren, fast jeden 10. Arbeitsplatz in dieser Sparte. Insgesamt arbeiten bei Bosch in Deutschland knapp 134 000 Beschäftigte. Im Juli 2023 hatten Betriebsrat, IG Metall und Geschäftsführung eine Zukunftsvereinbarung für die knapp 80 000 Beschäftigten der Mobilität-Standorte abgeschlossen,

die umsatzstärkste Sparte mit einem Erlös von 56,2 Milliarden Euro. Dort wurde letztes Jahr ein Wachstum um 6,9 Prozent, erzielt. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Bosch Mobility Solutions Frank Sell nannte es auf der Kundgebung einen Irrsinn, dass es 2 000 offene Stellen bei Bosch gibt, die nicht besetzt werden, aber 3 500 Kollegen rausgeschmissen werden sollen.

Inzwischen gibt es einen kleinen Erfolg: 700 Millionen Euro sollen bis 2027 in die Weiterbildung fließen und das Unternehmen hat sich verpflichtet,

in den nächsten zwei Jahren vier Milliarden Euro in deutsche Standorte des Geschäftsbereichs zu investieren. Die



Gespräche über den Stellenabbau sollen weiter in den einzelnen Geschäftsbereichen mit den jeweiligen Betriebsräten geführt werden, nicht zentral, wie von Betriebsratsseite gefordert.

Fortsetzung Seite 3

Fortsetzung von Seite 1: Löhne rauf - Arbeitszeit runter!

Für den Klassenkampf von unten!

Das Ziel ist es, die Rechte von Beschäftigten weiter anzugreifen. Die Konzerne kündigen großflächig Stellenabbau an, damit werden die Arbeitsbedingungen in den Betrieben noch schlechter. Immer mehr Unternehmen steigen aus den Tarifverträgen aus. Nehmen Beschäftigte und ihre Gewerkschaften ihr Grundrecht auf Streik wahr, wird von den Vertretern der Konzerne im Parlament nach Einschränkung des Streikrechts gerufen. Mit dem Argument der „deutschen Staatsräson“ wird Kritik an der Regierungspolitik diskriminiert, demokratische Rechte werden eingeschränkt. Das ist Klassenkampf von oben. Um dem etwas entgegenzusetzen braucht es entschlossenen Widerstand der lohnabhängigen Beschäftigten und ihrer

Gewerkschaften. Um die Spirale aus Kriegstreiberei und Sozialabbau zu durchbrechen, braucht es Bündnisse der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften mit den sozialen Bewegungen und vor allem der Friedensbewegung. Dafür steht der Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“. Es braucht Streiks für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, für kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich, für Heizung, Brot und Frieden.

Deshalb – Unterzeichnet den Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg!“

Deshalb – Mobilisierung für betriebliche und tarifliche Kämpfe!

Deshalb – Solidarität mit den Streikenden! Hände weg vom Streikrecht!

Deshalb – Heraus zum 1. Mai!

Jetzt den Aufruf unterzeichnen:



Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!



<https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/>

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

Wir schreiben – auch beim Thema Frieden – dort weiter, wo andere Medien längst schweigen.



Sagen, was ist!

Die UZ 6 Wochen kostenlos probelesen.

(Das Abo endet automatisch.)



<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>

8. Mai - 79. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg



*Unser Auftrag:
Antifaschismus!
Solidarität!
Frieden!*

Kundgebung und Kranzniederlegung

am Mittwoch, 8. Mai um 17 Uhr am Mahnmal für die Opfer des Faschismus (Stauffenbergplatz) Kriege, Hochrüstung und Rüstungsexporte stoppen! Nie wieder und nirgendwo weder Faschismus noch Krieg!

Ausstellung 115 Jahre Waldheim Stuttgart e.V. „Clara Zetkin Haus“ in Sillenbuch

Viel Arbeit und Energie haben engagierte GenossInnen des Waldheimvereins in die Erarbeitung der zahlreichen Ausstellungstafeln über die letzten 115 Jahre investiert. Was herauskam, kann sich sehen lassen. Zahlreiche historische Dokumente lassen die Geschichte erlebbar werden. Von der Gründung als Freizeit-, Kultur- und Bildungsstätte für die Arbeiterklasse durch Friedrich Westmeyer, Clara Zetkin und anderen Linken aus der damals noch revolutionären Sozialdemokratie über die Zerschlagung aller Einrichtungen der Arbeiterklasse während der Zeit des Faschismus über den Wiederaufbau nach 1945 bis heute spannt sich die Geschichte. Wir als DKP hatten und haben einen großen Anteil, dass dieses Waldheim heute

noch existiert als Ort, wo Menschen noch preisgünstig essen und trinken können, als Stätte der Kultur und Bildung und als Versammlungsstätte für die verschiedenen Initiativen, Gruppen und Organisationen aus dem linken Spektrum.

Nach Redaktionsschluss am 27. April 2024 findet die Ausstellungseröffnung mit einem Vortrag über die Geschichte der Stuttgarter Waldheime von Karsten Lukawec statt.



Streiflichter zur wechselvollen Geschichte des Waldheims

Kampf um 35-Stundenwoche feiert 40-jähriges Jubiläum

„Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen“, so lautet damals der Slogan der IG Metall. Und die lachende aufgehende Sonne mit der 35 strahlte über diesem Kampf. Sie ist bis heute das Symbol, mit dem der Streik für die 35-Stundenwoche verbunden wird. Fast 7 Wochen lang streikten ab Mitte Mai 1984 die Beschäftigten in der westdeutschen Metallindustrie für die Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Arbeit sollte menschlicher, die Arbeitslosigkeit damit gesenkt werden. In diesem Kampf konnte zwar die 35 Stundenwoche nicht durchgesetzt werden, aber der Einstieg wurde erreicht, das Festhalten der Kapitalverbände an der 40-Stundenwoche zerbrochen und ab 1995 war sie nach weiteren Tarifaus-

einandersetzungen schriftlich fixiert. Auch die Kollegen von IG Druck und Papier streikten 1984 insgesamt 13 Wochen für die gleichen Ziele mit ähnlichen Ergebnissen. Dies waren die letzten großen Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung mit gesamt-gesellschaftlicher Ausstrahlung. Mit Zeitzeugen aus den damals fünf größten Metallbetrieben sowie einem Streikleiter von der Gewerkschaft Druck und Papier wollen wir diesen Arbeitskampf lebendig werden lassen mit all seinen Höhen und Tiefen, seinen Stärken und Schwächen. Mit teilweise Aufsehen erregenden Aktionen bemühten sich die Gewerkschaften, die öffentliche

Meinung für sich zu gewinnen. Die kulturelle Begleitung dieser Streiks gab Kraft, Mut, Zuversicht und machte allen Spaß. Die Rolle der Frauen und migrantischen KollegInnen war bereichernd und stärkend.

Was wir heute aus diesen Arbeitskämpfen, den Erfahrungen von damals lernen können, ist eine wichtige aktuelle Frage. Denn eine neue gesellschaftliche Bewegung, eine neue Offensive für

Arbeitszeitverkürzungen sind angesichts von Umbrüchen in der Produktion, von unerträglichem Stress und gesundheitlichen Belastungen mehr als dringend.



Unsere Zeitzeugen:

Siggi Deuschle (Daimler Sindelfingen), **Tom Adler** (Daimler Untertürkheim), **Gert Aldinger** (Porsche Zuffenhausen), **Roland Saur** (Bosch Feuerbach), **Harald Kalmbach** (SEL), **Heinz Hummler** (Trafo Union), **Peter Hensinger** (Mitglied in der Streikleitung der IG Druck und Papier)

Kultur: Lieder aus dem Kampf um die 35-Stundenwoche mit den Marbachern + Kurzfilm



Kampf um 35-Stundenwoche feiert 40-jähriges Jubiläum

Zeitzeugen berichten über ihre Erfahrungen und was wir daraus lernen können.

Montag, 3. Juni um 17.30 Uhr im DGB-Haus, Willi-Bleicher-Straße 20, Bambussaal

Fortsetzung von Seite 1: Bosch - Der Kampf um Arbeitsplätze geht weiter!

Keine Entwarnung also für die Bosch-KollegInnen, denn spätestens 2026 will Bosch eine Rendite von mindestens 7% erreichen (2023: 5%).

Auch wenn die Ampelregierung verkündet hatte, bis 2030 15 Mill. Elektroautos auf der Straße haben zu wollen und ab 2035 keine neuen Verbrenner mehr zuzulassen, so sprechen die aktuellen Entwicklungen doch eine andere Sprache. Der anfängliche Hype um das Elektroauto ist vorbei. Der Anteil bei den Neuzulassungen ist rückläufig. Kein Wunder: Der extrem hohe Preis, die kurze Reichweite, Reparaturkosten, Wegfall von staatlichen Subventionen, unkomfortables Aufladen, die unzureichende Ladeinfrastruktur, niedriger Wiederverkaufswert und die problematische Entsorgung der Altbatterien lassen E-Autos zu Ladenhütern werden.

Droht der Profit auszubleiben, reagieren die Kapitalisten schnell. Da werden Standorte geschlossen und verlagert sowie Menschen entlassen. Das Risiko sollen die abhängig Beschäftigten tragen.

Wir hatten schon vor dieser Entwicklung Skepsis gegenüber der Orientierung auf Elektroautos angemeldet.

Denn für die Umwelt bringt es nicht viel, die Orientierung dient einzig und alleine der Profitsicherung der Automobilkonzerne und ihrer Zulieferer wie z.B. Bosch.

Eine wirkliche Alternative und Neuorientierung wäre der qualitative und quantitative Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Der Nahverkehr sollte kostenlos sein als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Bei der Aktion bei Bosch meinte ein Kollege im Gespräch, dass man eigentlich mit Millionen in Berlin Druck auf die Regierung machen müsste, dass das mehr bringt als so „kleine“ Aktionen vor dem Betrieb. Recht hat er, im Kapitalismus kann man den Drang des Kapitals nach Profit nicht verändern. Der Kapitalismus muss abgeschafft werden, damit die Interessen der abhängig Beschäftigten zur Geltung kommen. Aber genau dieser Aspekt, die Kritik an der Regierungspolitik wegen Russland-Sanktionen, Verteuerung der Energie, Krisen- und Aufrüstungspolitik hat bei allen RednerInnen beim Boschaktionstag gefehlt. Die Probleme werden als Managementfehler dargestellt, und nicht als Fehler im System des Kapitalismus.

Wussten Sie?

Vor 40 Jahren begann der Kampf der Belegschaft des damaligen Werkes der Trafo Union in Cannstatt für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und des Standortes. Bis heute gibt es im Großraum Stuttgart keinen vergleichbaren Arbeitskampf. David gegen Goliath. „Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren“ war das Motto der Trafo-Belegschaft.

Nur mit einem brutalen Polizeieinsatz gegen die KollegInnen konnte nach über ei-

nem Jahr der Abtransport der Maschinen durchgesetzt werden. Die DKP hatte an der Entwicklung einer breiten Solidaritätsbewegung einen maßgeblichen Anteil. Heinz Hummler, Kommunist und damaliger Betriebsratsvorsitzender, und zahlreiche ehemalige Trafo-KollegInnen berichten bei der Vormainveranstaltung der Stuttgarter DKP am 28. April. Die Veranstaltung fand nach Redaktionschluss statt.

Beschäftigte contra Siemens



Trafo-Union Cannstatt muß leben!

Interview mit Konni Lopau - Kandidatin der DKP zur EU-Wahl



Konni, du kandidierst für die DKP zur EU-Wahl. Viele denken: Die DKP hat die richtigen Positionen, aber die Stimme ist doch „verschenkt“. Was sagst du dazu?

Die Probleme können nicht durch einen bloßen Regierungswechsel gelöst werden, weder auf Landes-, noch auf Bundes-, noch auf EU-Ebene, Änderungen müssen durch außerparlamentarische Bewegungen erkämpft werden. Eine Stimme für die DKP ist ein Zeichen, ein Signal, den Friedenskampf bzw. den Klassenkampf zu wählen. Es kommt darauf an, dass möglichst viele Menschen erkennen: Die Stellvertreterpolitik muss beendet werden. Es gilt, selber aktiv zu werden für die eigenen Interessen. Egal, ob in der Sozial-, in der Umwelt- oder in der Friedenspolitik. Es rettet uns kein höheres Wesen. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun. Jede Stimme für die DKP ist wie eine rote Fahne, die das symbolisiert.

Du bist in der Stuttgarter Friedensbewegung aktiv. In Stuttgart sind gleich

zwei US-Kommandozentralen. Welche Gefahr geht von diesen Kommandozentralen aus?

Von den US-Kommandozentralen EU-COM und AFRICOM gehen große Gefahren sowohl für Europa, für Afrika als auch direkt für Stuttgart aus. Vom US-EUCOM werden alle US-Atomwaffen in Europa bis zur nordkoreanischen Grenze befehligt. Vom US-AFRICOM werden die Tötungslisten für die Drohnenmorde der US-Armee in Afrika erstellt. Stuttgart ist Kriegszentrale. Und Stuttgart ist damit natürlich auch Angriffsziel. Stuttgart wird als erstes platt gemacht, wenn es zum Krieg kommt, bzw. wenn der Krieg zurückgeholt wird.

Nächstes Jahr sollen in Deutschland US-Hyperschallwaffen vom Typ Dark Eagle stationiert werden. Warum ist es so wichtig, diese Stationierung zu verhindern?

Durch die Stationierung von Dark Eagle wird die Kriegsgefahr ins Unermessliche gesteigert. Die besondere Gefahr besteht in der Geschwindigkeit, die im Überschallbereich liegt. Dark Eagle erreicht eine Hyperschallgeschwindigkeit von ca. 5 km pro Sekunde und hat eine Reichweite von über 2875 km. Moskau wäre in ca. fünf Minuten erreichbar. Das angepeilte Ziel kann diesem Geschoss unmöglich entkommen. Dark Eagle ist auf „zeitkritische Ziele“ ausgelegt, auf etwas Bewegliches am Boden. Sie zielt eben nicht nur auf Bunker und Kommandozentralen, sondern auf „Hochwertziele“, die ihren Ort verändern, z.B. auf militärisches oder politisches Führungspersonal. Es sind Erstschlags- und Enthauptungswaffen gegen Russland und die VR China. Allein durch die Stationierung wird die Spannung ins Unermessliche gesteigert, als ständige Bedrohung oder das

„Messer am Hals“ von Präsident Putin. Etwas beruhigend ist, dass Russland offenbar eine Abfangwaffe entwickelt hat (Prometheus).

Laut Umfragen spricht sich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine aus. Allerdings gelingt es der Friedensbewegung seit Jahren nur selten, Massen zu bewegen. Wo siehst du die Ursachen?

Es ist dem Gegner gelungen, viel Verwirrung zu stiften, durch fast total gleichgeschaltete Medien: Einschüchterung, Lähmung, Blockaden ... Denkfabriken, von unseren Steuergeldern finanziert, arbeiten systematisch seit Jahrzehnten daran, die Menschen von ihren eigenen Interessen abzulenken. Unsere Schwäche trägt dazu bei, dass der Opportunismus sogar teilweise auch in den Gewerkschaften fröhliche Urstände feiert. Allerdings gibt es bereits Ansätze für kritische Gegenstimmen, die es zu unterstützen gilt. Deshalb habe ich den Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!“ unterzeichnet und rufe überall dazu auf, ihn zu unterstützen.

Viele halten die EU für ein „fortschrittliches Projekt“, das angeblich zur Völkerverständigung und Friedenssicherung beiträgt. Warum hat die DKP eine ablehnende Haltung zur EU?

Die EU wird z.B. gern als Friedensprojekt dargestellt. Das ist eine gefährliche Illusion. Die EU ist ein Projekt des Monopolkapitals und keine Solidargemeinschaft der Völker. Sie ist Kriegstreiber, mit riesigen eigenen Rüstungsprojekten, mit zukünftig angestrebter eigener Armee und womöglich sogar eigener Atombombe.

DIE EU WAR NIE EIN FRIEDENSProjekt!

Dr. Arnold Schölzel, ehemaliger Chefredakteur der linken Tageszeitung „junge Welt“ und Mitglied der DKP, setzt sich kritisch mit der EU auseinander. Die Absichten, die EU zu militarisieren, legen ihren Wesenskern offen: Sie ist ein imperialistisches, aggressives Konstrukt, das im Interesse des Monopolkapitals, insbesondere des deutschen, geschaffen wurde. Sie ist nicht reformierbar, sondern muss überwunden werden.

Vortrag und Diskussion mit Dr. Arnold Schölzel
Mittwoch, 15.05., um 19.30 Uhr
im „Clara-Zetkin-Haus“ Waldheim Stuttgart e.V.
Gorch-Fock-Str. 26 in Stuttgart-Sillenbuch


DKP

Deutsche Kommunistische Partei

V.i.S.d.P.: DKP Stuttgart
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart

Kontakt zur DKP-Kreisorganisation Stuttgart:
mail@dkp-stuttgart.org